

03.07.2020, 05:59

Altländer drohen mit einer Klage gegen den Landkreis



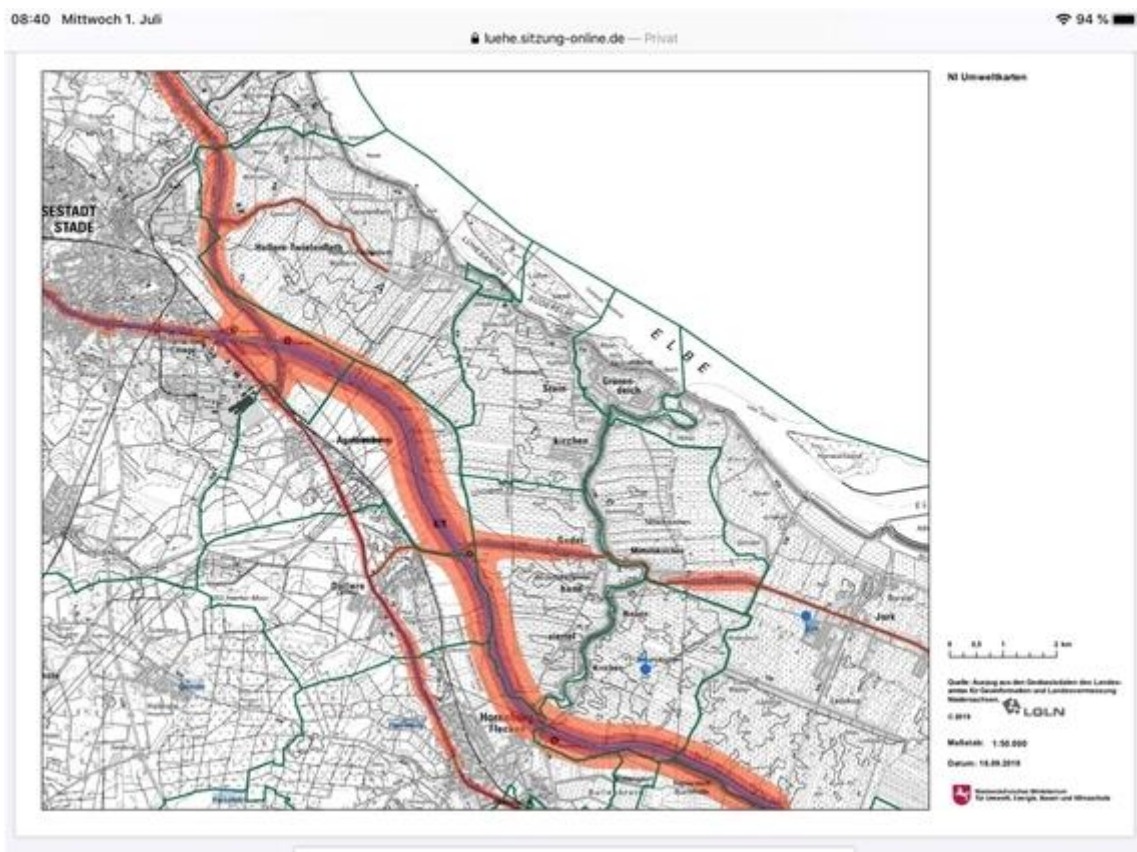
Die Straßen, wie hier die L 140 in Mittelnkirchen, sind laut Politik und der Bürgerinitiative „Altes Land gegen die Verkehrsflut“, für den Schwerlastverkehr nicht geeignet. Die Häuser und die Deiche würden gefährdet, die Anwohner durch Lärm und Abgase belastet. Foto: Vasel

[Von Björn Vasel](#)

STEINKIRCHEN. Landesweit verabschieden die niedersächsischen Kommunen Lärmaktionspläne. Gemeinsam wollen Politik und Bürgerinitiativen in der Samtgemeinde Lühe Maßnahmen wie ein Lkw-Transit-Verbot und Geschwindigkeitsreduzierungen durchsetzen – notfalls auch über eine Klage.

Carsten Kurz vom Büro Lärmkontor hat den überarbeiteten Entwurf des Lärmaktionsplans im Bau-, Wege-, Planungs- und Umweltausschuss in Steinkirchen

vorge stellt. Viele Kritiker bezeichnen diese als zahnlose Papiertiger. Das allerdings sei „falsch“, betonte Carsten Kurz. Mehr als 70 Bürger hatten im Vorfeld im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung eine Stellungnahme abgegeben – und unter anderem Fahrverbote für Transit-Lkw und Geschwindigkeitsreduzierungen auf 30 km/h ins Spiel gebracht. Bis zu 9000 Fahrzeuge seien täglich auf den Landesstraßen L 140, L 125 und L 111 unterwegs. Vor allem die Ortschaften Hollern, Mittelnkirchen und Guderhandviertel seien stark belastet. Die Politik räumte den Bürgern, wie Bürgermeister Joachim Streckwaldt (CDU) aus Mittelnkirchen und Hartmut Fuchs und Wally Twardy von der Bürgerinitiative Verkehrsflut, die Möglichkeit ein, die Forderungen der Anlieger deutlich zu machen.



Der Verkehr auf der A 26 und den Landesstraßen sorgt für viel Lärm in der Samtgemeinde Horneburg.

Streckwaldt beklagte, dass das Alte Land nachts ein „rechtsfreier Raum“ sei, Polizei und Landkreis kontrollierten nicht. Lkw führen zu schnell, die Altländer litten unter dem Lärm. Außerdem leide die Gebäudesubstanz. „Unsere Häuser tanzen, wenn ein schwerer Lkw vorbeifährt“, klagte Streckwaldt, „es kann nicht sein, dass wir – wie auf den Heiland – auf den Anschluss der A 26 an die A 7 warten sollen.“

Erfolgreiche Klage in Baden-Württemberg

Es müsse schnell gehandelt werden. „So geht es nicht weiter: Unsere Gesundheit und unsere Häuser müssen geschützt werden“, mahnte der pensionierte Polizist. Fuchs und Twardy stießen in dasselbe Horn. Viele Pkw und Lkw seien zu schnell unterwegs. Der Transitverkehr durch das Alte Land müsse verboten werden. Die Politik steht – im

Grundsatz – fraktionsübergreifend hinter den Bürgern. „Der Verkehrslärm macht krank“, sagte Gerd Grunwald (Grüne). Es müsse mehr kontrolliert werden, sagte Heinzfrieder Dürkes (SPD).

Laut Kurz sei ein Lärmaktionsplan (LAP) kein zahnloser Papiertiger. Es gebe bereits erste Erfolge, in einem Fall in Baden-Württemberg nach einem mehrjährigen Rechtsstreit. Was will die Samtgemeinde-Politik? Auf der L 140 soll in Mittelnkirchen zwischen Lühe-Brücke und Ortsausgang nach Jork aus Lärmschutzgründen auf 30 km/h reduziert werden. In vielen straßennahen Wohngebäuden seien die „Lärmvorsorgewerte überschritten und die Zumutbarkeitsschwelle erreicht“. Aufgrund der „gesundheitskritischen Belastungen“ ab 65 dB(A) am Tag und 55 dB(A) in der Nacht könne die Anordnung verkehrsrechtlicher Maßnahmen durch den Landkreis Stade als zuständige Straßenverkehrsbehörde an den drei Landesstraßen damit durchaus gerechtfertigt sein, so Kurz.

Geschwindigkeitsbegrenzungen als mögliche Maßnahmen

In der Dorfstraße Mittelnkirchen solle das Zusatzschild „Lärmschutz“ mehrfach aufgestellt werden, um Pkw- und Lkw-Fahrer zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung zu bewegen – verbunden mit der Aufstellung von Mittelnkirchen und Jork eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h aus Lärmschutzgründen – und ein Versetzen des Ortschildes um 100 Meter in Richtung Jork – aus Lärmschutzgründen – umgesetzt werden kann. Im Bereich der Hollernstraße wird eine nächtliche Geschwindigkeitsreduzierung in beide Richtungen auf 30 km/h im LAP-Entwurf vorgeschlagen. Außerdem solle das Land bei einer Sanierung zukünftig lärmindernden Asphalt einbauen.

Des Weiteren will die Politik, dass in Mittelnkirchen, Guderhandviertel und Hollern ein Lkw-Fahrverbot (Anlieger frei) umgesetzt wird. Der Transitverkehr zwischen Hamburg und Bremen/Bremerhaven – seit der Freigabe der Ortsumgehung Finkenwerder 2012/2013 sprunghaft angestiegen – belastet die Bevölkerung und schädigt den Tourismus und die Gebäude. Der Transit-Verkehr könne auch A 26 und B 73, laut Kurz „besser geeignete Ausweichstrecken“, nutzen.

Ausschuss stellt sich hinter den Plan

Grunwald und Bauausschussvorsitzender Dirk Thobaben (CDU) machten sich mit Erfolg dafür stark, eine Arbeitsgruppe aus Politik, Verwaltung und Bürgerinitiativen zu bilden, um das Wissen der Bürger zu nutzen. Das hatte die BI Verkehrsflut angeboten. Das letzte Wort hat jetzt der Samtgemeinderat. Der Ausschuss stellte sich einstimmig hinter den Plan. Alle Fraktionen (CDU, AfD, FWG, Grüne und SPD) kündigten an, dass die Samtgemeinde – nach Verabschiedung des Lärmaktionsplans – konkrete Prüfaufträge an die Kreisverkehrsbehörde zur Einzelfallprüfung verkehrsrechtlicher Anordnungen (zu Baumaßnahmen können Straßenbaulastträger durch den LAP nicht verpflichtet werden) stellen wird. Ziel ist es, den Maßnahmenkatalog für mehr Lärmschutz, mehr Verkehrssicherheit und saubere Luft zeitnah umzusetzen. Sollte der Kreis Stade bei seiner ablehnenden Haltung bleiben, will die Politik vor Gericht ziehen.

